

ÖAAB-FCG-Fraktion
in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

A N T R A G 1
an die 8. Vollversammlung am 4. Mai 2023



Vordienstzeitenanrechnung für Leiharbeiter

Der Mangel an Arbeitskräften oder der Bedarf an Spitzenabdeckung lässt viele Betriebe auf die Dienstleistung von Personalleasingfirmen zurückgreifen. Aus Sicht der Arbeitnehmer/innen ist die Erwerbsarbeit in Leiharbeitsfirmen meist keine gute Option, weshalb sehr viele die Übernahme in die Stammbesellschaft eines Betriebes, in dem sie überlassen wurden, anstreben.

Nun zeigt sich, dass in manchen Betrieben die Leiharbeiter/innen oft jahrelang auf eine Übernahme im Beschäftigertbetrieb warten müssen.

Ist es dann endlich so weit, dann bekommen diese „neuen“ Mitarbeiter/innen einen Arbeitsvertrag ohne Vordienstzeiten zur Unterschrift vorgelegt. Dies, obwohl die Betroffenen bereits bestens eingearbeitet sind. Die Anrechnung der Vordienstzeiten im Betrieb, welche defacto schon geleistet sind, unterbleibt in den meisten Fällen.

Die AK-Vollversammlung fordert den zuständigen Gesetzgeber auf, künftig eine gesetzliche Regelung zu schaffen, wonach sämtliche dienstzeitabhängigen Vordienstzeiten, die von Arbeitnehmer/innen eines Arbeitskräfteüberlassers im ursprünglichen Beschäftigertbetrieb geleistet wurden, bei einer Übernahme in diesem Betrieb voll anzurechnen sind.

Darüber hinaus hat der Beschäftigert einer überlassenen Arbeitskraft spätestens nach drei Jahren einen Arbeitsvertrag unter Berücksichtigung obiger Grundsätze anzubieten. Wobei unterbrochene Beschäftigertverhältnisse zusammenzurechnen sind.

Für die Fraktion:

Graz, am 4. Mai 2023

(KR Günther Ruprecht) e.h.
Fraktionsvorsitzender

ÖAAB-FCG-Fraktion
in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

A N T R A G 3
an die 7. Vollversammlung am 10. November 2022



Begünstigung von Pendler:innen

Nachdem Benzin- und Dieselpreise an den Tankstellen derzeit mit bis über € 2,00 pro Liter aufschlagen und manche Tankfüllung bis zu einem Betrag von über € 100,00 kosten sind Entlastungen für Autofahrer, vor allem für die Pendlerinnen und Pendler gefordert.

Gerade Langstreckenpendler sind besonders betroffen, vor allem jene, die über die Autobahn fahren müssen bzw. mautpflichtige Tunnels benützen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen.

Eine wirkliche Entlastung wäre gegeben, wenn hier die Möglichkeit geschaffen würde, Mautkosten und Autobahnvignette für Pendler:innen zu begünstigen. Diese Maßnahme würde speziell auch jenen zugutekommen, welche sehr weite Strecken zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen müssen.

Die AK-Vollversammlung fordert daher den Gesetzgeber auf, für die zahlreichen Pendler:innen, welche für den Weg zu ihrem Arbeitsplatz Mautkosten und Autobahnvignette zu tragen haben, eine Begünstigung zu gewähren.

Für die Fraktion:

Graz, am 01.02.2023

(KR Günther Ruprecht) e. h.
Fraktionsvorsitzender

ÖAAB-FCG-Fraktion
in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

A N T R A G 5
an die 8. Vollversammlung am 4. Mai 2023



Ausbau der B70 – jetzt endlich umsetzen

Die unendliche Geschichte über den Ausbau der B70 wird zunehmend dramatisch. Obwohl alle wissen, wie dringlich notwendig eine Lösung der Verkehrssituation im Bezirk Voitsberg ist, kommt es dennoch stets zu Blockaden, welche bislang alle Projekte für eine leistungsfähige B70 verhindert hat.

Seit fast 40 Jahren wird der Ausbau der B70 diskutiert, nun liegt endlich eine umsetzbare Lösung auf dem Tisch. Die derzeitige Verkehrssituation zeigt einen massiven Wettbewerbsnachteil für den Bezirk Voitsberg. Die B70 ist zu Stoßzeiten in der Früh und am Nachmittag stets verstopft und am Rande der Verkehrsüberlastung. Das verzögert viele Lieferungen, kostet den Betrieben viel Geld und den Pendlern tagtäglich Nerven und viel Lebenszeit.

Die große Gefahr ist, dass vor allem größere Betriebe die Geduld verlieren und ihre Standorte mittelfristig in andere Bezirke verlegen, wenn sich bei der B70 nicht rasch etwas ändert. Die Anrainergemeinden, die Sozialpartner und die Leitbetriebe in der Region unterstützen seit Jahren den Ausbau der B70 und sehen dies insbesondere auch vordringlich, um die Arbeitsplätze im Raum Voitsberg zu sichern. Der Ausbau und die Verlegung der B70 ist unverzichtbar, um den Zentralraum des Bezirks Voitsberg als Standort für erfolgreiche Unternehmen zu stärken. Das gilt nicht nur für die Industrie, sondern auch für den Tourismus. Je besser erreichbar die Region ist, desto attraktiver wird sie für die Bevölkerung und sichert wertvolle Arbeitsplätze.

Die AK-Vollversammlung fordert daher den steirischen Verkehrslandesrat aber auch die Bundesministerin für Infrastruktur auf, jetzt mit aller Kraft initiativ zu werden, damit der Ausbau der B70 endlich verwirklicht wird.

Für die Fraktion:

Graz, am 26. April 2023

(KR Günther Ruprecht)
Fraktionsvorsitzender

ÖAAB-FCG-Fraktion
in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

A N T R A G 7
an die 7. Vollversammlung am 10. November 2022



Erleichterter Zugang zur Schwerarbeiterpension

Auf Grund der stark veränderten Arbeitsbedingungen in der modernen Arbeitswelt sind die aktuellen Bedingungen Zugang zur Schwerarbeiterpension (60. Lebensjahr) nicht mehr zeitgemäß. Hier gehören die Zugangsbestimmungen an das dynamische Arbeitsumfeld besonders in der Industrie und den Gesundheitsberufen entsprechend angepasst.

Forderungen:

- 1.) Für die Berechnung der notwendigen Voraussetzungen soll eine Reduzierung der Nachtdienste in Schicht- und Wechseldienste von 6 auf 5 Nachtdienste erfolgen.
- 2.) Eine Reduzierung der gesetzlich geregelten notwendigen Schwerarbeitertage von 15 auf 11 Tage im Monat.
- 3.) Bemessungszeitraumausdehnung von 240 auf 360 Monate.
(ab 30. Lebensjahr) für die Erreichung von mindestens 10 Jahre Schwerarbeit (120 Monate)
- 4.) Herabsetzung der Arbeitskilokalorien für:
Frauen von 1.400 auf 1.200,
Männer von 2.000 auf 1.800
- 5.) Berücksichtigung von psychischen und physischen Belastungen

Es ist an der Zeit, dass das Gesundheitspersonal als **Schwerarbeiter***innen eingestuft wird. Nicht nur durch die Schichtarbeit und der ständigen Umstellung von Tag- auf Nachtrhythmus, wird nicht nur der Körper extrem belastet, sondern auch die psychische Gesundheit. Die physische und psychische Belastung steigt stetig bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die AK-Vollversammlung Steiermark fordert die Bundesregierung auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um einen erleichterten Zugang zur Schwerarbeiterpension zu ermöglichen.

Für die Fraktion:

Graz, am 14. März 2023

KR Günther Ruprecht eh
Fraktionsvorsitzender



Koralmbahn – Haltestelle für den Flughafen Graz

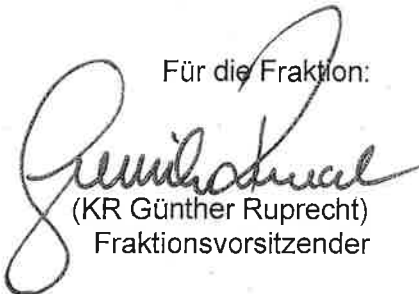
Die Unterflurtrasse der Koralmbahn im Bereich Feldkirchen bis Zwaring ist fertiggestellt, damit ist ein wichtiger Meilenstein für die Bahninfrastruktur im Süden von Österreich, verwirklicht. Die Koralmbahn soll Ende 2025 eröffnet werden, die Fahrtzeit von Graz nach Klagenfurt wird dann von 3 Stunden auf nur noch 45 Minuten verkürzt. Diese positive Perspektive wird durch einen höchst unnötigen Wermutstropfen getrübt.

Die Koralmbahn, mit der zitierten Unterflurtrasse führt nur 200 Meter, also praktisch einen Steinwurf entfernt, am Flughafen Graz vorbei, weshalb es naheliegend wäre, den größten Flughafen im Süden Österreichs auch verkehrstechnisch an die Koralmbahn anzubinden. Doch diesen, aus Sicht der Steiermark so wichtigen Anschluss, hat die für Infrastruktur zuständige Bundesministerin Gewessler, bereits eine Absage erteilt und damit allen Befürwortern der Flughafenhaltestelle Graz schwer enttäuscht.

Selbst die für den Bau verantwortliche ÖBB hält diesen Anschluss für sinnvoll und hat bereits verlautbart, dass diese Haltestelle auch im derzeitigen Stadium der Bauarbeiten noch möglich wäre. Auch wenn das Zeitfenster schon sehr knapp ist, diese Jahrhundertchance für die steirische Infrastruktur muss genutzt werden. Dies im Sinne der Erreichbarkeit, aber auch um die Attraktivität des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes Steiermark zu erhöhen.

Die AK-Vollversammlung fordert daher die Bundesministerin Leonore Gewessler auf, ohne weiteren Zeitverzug zu veranlassen, dass die Koralmbahn-Haltestelle beim Flughafen Graz gebaut wird, dies im Sinne einer weiteren Verstärkung der Infrastruktur für die Steiermark.

Graz, am 4. Mai 2023

Für die Fraktion:

(KR Günther Ruprecht)
Fraktionsvorsitzender



Ausbau der A9 muss wieder auf die Agenda

Die Asfinag gab in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium im Jahre 2019 eine Machbarkeitsstudie zur Verkehrsentslastung in Auftrag und kam zum Schluss, dass die Erweiterung der Pyhrnautobahn zwischen Graz-West und Wildon auf drei Fahrspuren die richtige Lösung für das tagtägliche Verkehrsproblem, auf dieser Teilstrecke der A9 ist. Dabei wurden mehrere Möglichkeiten - wie etwa auch die Pannenstreifen-Freigabe geprüft. Gemäß dieser Studie sollte der Baustart für die Spurverbreiterung der A9 mit 2025 erfolgen.


Ende November 2021 stellte die zuständige Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Leonore Gewessler die Planungsarbeiten für die Umsetzung der Autobahnerweiterung kurzerhand ein. Ein derartiges Projekt könne im Sinne der Eindämmung des Bodenverbrauchs nicht umgesetzt werden, hieß es aus dem Ministerium.

Eine Entscheidung, die bei der betroffenen Bevölkerung bei den Gemeinden und im gesamten angrenzenden Wirtschaftsraum noch immer Unverständnis und Empörung, hervorruft. Jeden Tag müssen tausende Pendlerinnen und Pendler auf der Strecke Spielfeld - Graz mit Stau bzw. erheblichen Verzögerungen rechnen. Die zuständige Bundesministerin bleibt uneinsichtig, obwohl sich als Konsequenz aus der permanenten Überlastung der A9 bereits zeigt, dass immer mehr Verkehrsteilnehmer durch die Orte entlang der A9 ausweichen. Zum Schaden der Bewohner und der Umwelt im südlichen Einzugsgebiet von Graz.

Um dem Argument der Bundesministerin bezüglich des erheblichen Bodenverbrauchs im Falle eines A9 Ausbaues zu begegnen, hat kürzlich die steirische Pendlerinitiative einen von Experten unterlegten Vorschlag präsentiert. Hier geht es um die Anregung, auf diesem Teilabschnitt der A9 auch den Pannenstreifen für eine Erweiterung der Fahrbahn einzubeziehen. Mit einer Adaptierung, wie beim Modellversuch auf der A4 (Schwechat) im Vorjahr, könnte man nach einem Umbau bei Stoßzeiten den Pannenstreifen als Entlastungsfahrbahn öffnen. Diese Variante ist nur die zweitbeste Lösung, kann aber mit verhältnismäßig geringen Kosten und wenig Bodenverbrauch zu einer starken Verbesserung für die betroffenen Verkehrsteilnehmer führen!

Die AK-Vollversammlung fordert die zuständige Bundesministerin Leonore Gewessler auf, den Planungsstopp für den Ausbau der A9 südlich von Graz aufzuheben und im Sinne der Notwendigkeit dieses Verkehrsprojektes, unter Prüfung aller Varianten, im Sinne der betroffenen Verkehrsteilnehmer und zur Stärkung des Wirtschaftsraumes, den Ausbau der A9 wieder auf die Agenda zu nehmen.

Graz, am 4. Mai 2023

Für die Fraktion:

(KR Günther Ruprecht)
Fraktionsvorsitzender



Umwandlung des Pendlerpauschales in einen kilometerabhängigen Pendlerabsetzbetrag mit Ökobonus

Durch die gestiegenen Treibstoffpreise stehen die Arbeitswegkosten und damit auch das Pendlerpauschale wieder vermehrt in der öffentlichen Diskussion. Mit einer befristeten Erhöhung (Mai 2022 bis Juni 2023) hat die Bundesregierung temporär für Entlastung gesorgt.

Grundsätzlich besteht das Problem, dass dem Pendlerpauschale die ökologischen Anreize fehlen. Für jene, die ein zumutbares öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung haben („kleines Pendlerpauschale“), ist es nämlich egal, ob sie dieses auch tatsächlich nutzen. Dazu kommt, dass nur rund ein Viertel der etwa 1,3 Millionen Pendler/innen mit Anspruch auf Pendlerpauschale überhaupt ein zumutbares Öffi zur Verfügung hat. Um die Klimaziele zu erreichen, braucht es insbesondere Veränderungen im Mobilitätsverhalten, wo auch das Pendlerpauschale einen Beitrag leisten kann.

Aus diesem Grund, aber auch wegen der weiter gestiegenen Kosten für die Pendler/innen, ist die Bundesregierung bzw. der Gesetzgeber aufgefordert die befristete Erhöhung von Pendlerpauschale und Pendlereuro mit Ende Juni 2023 nicht einfach auslaufen zu lassen, sondern muss die Gelegenheit dazu genutzt werden, die im Regierungsprogramm angepeilte Gesamtreform voranzubringen - mit dem Ziel die steuerliche Berücksichtigung der Arbeitswegkosten einfacher, ökologischer und gerechter zu gestalten.

Die AK-Vollversammlung fordert den Gesetzgeber daher auf, folgende Maßnahmen zur Reform der Pendlerpauschale zu setzen:

- **Umgestaltung des Pendlerpauschales in einen Pendlerabsetzbetrag mit Ökobonus.**
- **Umrechnung der bestehenden gestaffelten Freibeträge in Absetzbeträge mit einem Grenzsteuersatz von 50%, um Pendler/innen mit kleinen und mittleren Einkommen effektiv zu entlasten.**
- **Anhebung des Negativsteuerzuschlags für Pendler/innen unter der Steuergrenze um 200 €.**
- **Ökologisierung durch Schaffung eines Ökobonus für die nachweisliche Nutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels auf dem Weg zur Arbeit (Zuschlag von 200 € zum „kleinen“ Pendlerabsetzbetrag).**
- **Weiterer konsequenter Ausbau leistbarer und zumutbarer öffentlicher Verkehrsmittel an den wesentlichen Pendelrouten und darüber hinaus.**
- **Mittelfristig: Schaffung eines kilometerabhängigen Pendlerabsetzbetrages, der nach dem Muster des Pendlereuro gestaltet wird.**

Für die Fraktion:

Graz, am 4. Mai 2023



(KR Günther Ruprecht)
Fraktionsvorsitzender

ÖAAB-FCG-Fraktion
in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

R E S O L U T I O N 3
an die 8. Vollversammlung am 4. Mai 2023



Pendler - Parkplätze an Autobahnauffahrten ausbauen!
Dringlicher Bedarf an der A9 Auffahrt Vogau

Autofahren ist mit immer mehr Stress verbunden - zu den allgemeinen Anstrengungen einer langen Autofahrt kommen noch die Ärgernisse des Parkplatzsuchens und der Staus. Um zu vermeiden, dass sich noch mehr Verkehr in die Ballungszentren verlagert, braucht es mehr Park & Ride Parkplätze an den Autobahnen. Wer am Anfang einer langen Fahrtstrecke die Möglichkeit eines Umstieges auf das öffentliche Verkehrsmittel oder in eine Fahrgemeinschaft findet, ist geneigt diese Angebote zu nützen, denn es erspart Geld und Nerven.

Besonders prekär ist die Situation entlang der oftmals verstopften A9 zwischen Spielfeld und Graz. Im Einzugsgebiet von Leutschach bis Weinburg benötigen Pendler dringend einen Umsteigeparkplatz, welche eine Zeit lang in Vogau im Bereich des dortigen Fachmarktzentrums genutzt wurde. Nunmehr haben die Betreiber dieser Handelsunternehmen aber ihren Eigenbedarf für diese Flächen reklamiert. Jetzt haben viele Fahrgemeinschaften in der Region keine Umsteigeparkplätze mehr, es braucht eine nachhaltige Lösung des Parkplatzproblems. Dringlich benötigt wird daher ein P & R Parkplatz an der Autobahnauffahrt Vogau, dies wäre vor allem eine Lösung für die Fahrgemeinschaften in der Region. Die Wirksamkeit der Errichtung von Umsteigeparkplätzen zeigt sich auf der A2 der Südautobahn, wo zahlreiche Fahrgemeinschaften von der Oststeiermark nach Graz unterwegs sind und so den Verkehr nachhaltig entlasten.

Die AK-Vollversammlung fordert Bund und Land aber auch die ASFINAG auf, eine Lösung für die zahlreichen Pendlerinnen und Pendler in der Region zu finden und einen Umsteigeparkplatz im Bereich Vogau zu errichten. Ebenso sind weitere Evaluierungen vorzunehmen, um den künftigen Bedarf von P&R Anlagen an den Autobahnauffahrten zu erheben.

Für die Fraktion:

Graz, am 26. April 2023

(KR Günther Ruprecht)
Fraktionsvorsitzender